№ 322
B 159
Abend-Ausgabe

Berlin

Dienstag, 10. Juli 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

600 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsl.): Jul. Elbau, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3690. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 659.

Gesonderte Antwort Englands.

Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit / Eintritt Deutschlands in den Völkerbund / Internationale Wirtschaftskonferenz / Sicherungsfrage und Räumung des Ruhrgebiets.

Eigener Dienst der „Vossischen Zeitung".

whe **London**, 10. Juli.

Die Morgenblätter bestätigen heute, daß der gestrige Kabinettsrat zwei Beschlüsse gefaßt hat:

1. **Da die Methode der diplomatischen Aussprache sich als unfruchtbar erwiesen hat und Frankreich zu einseitigen Erklärungen über seine unabänderliche intransigente Haltung übergegangen ist, sieht sich die englische Regierung schon aus Rücksicht auf ihre öffentliche Meinung genötigt, eine ausführliche Regierungserklärung über den von ihr vertretenen Standpunkt in der Reparationsfrage abzugeben.**
2. **Die äußerst beunruhigende Lage in Deutschland läßt es als erforderlich erscheinen, daß die englische Regierung unverzüglich der deutschen Regierung eine Antwort auf ihre letzte Denkschrift in der Reparationsfrage erteilt.**

Die diplomatischen Berichterstatter der „Westminster Gazette" und der „Daily News" deuten beide übereinstimmend an, daß die Erörterungen des Kabinetts sich weiter erstreckt haben, als nur auf diese zwei Maßnahmen, und daß weitere Schritte im Laufe dieser Woche von englischer Seite bekannt gemacht werden. Sollte Frankreich jedoch gegen alles Erwarten unmittelbar vor oder nach der englischen Regierungserklärung einlenken, so würde man dies von englischer Seite natürlich lebhaft und freudig begrüßen. In der englischen Regierungserklärung wird auch ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die zurzeit bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die Lösung der Reparationsfrage keinen Anlaß zu bieten brauchen, um die englisch-französische Freundschaft oder die Entente preiszugeben. Andererseits dürfe die englische Regierung in ihren Erklärungen keinen Zweifel darüber lassen, daß sie nunmehr entschlossen ist, gegenüber der bereits seit Monaten betriebenen Sonderpolitik ihre eigenen Interessen bei der Regelung der europäischen Probleme nachdrücklichst und dauernd zu vertreten.

Als erster Schritt dürfte eine englische Erklärung kommen, in der der zweite Schritt, die Antwort an Deutschland, bereits angekündigt werden dürfte. Die englische Antwort wird verhältnismäßig kurz sein. Sie gibt der **Bereitwilligkeit Ausdruck, Deutschlands Zahlungsfähigkeit von einem internationalen Sachverständigenausschuß abschätzen zu lassen.** Aus den noneinander abweichenden Zeitungsmeldungen geht hervor, daß man in englischen Regierungskreisen noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt hat, ob der Sachverständigenausschuß von der Reparationskommission oder vom Völkerbund auf Englands Antrag ernannt werden soll. Liegt das Gutachten dieses Ausschusses vor, und ist Deutschland — wie man in England bestimmt hofft — **Anfang September in Genf in den Völkerbund aufgenommen worden,** dann müßte auf einer **internationalen Wirtschaftskonferenz** — dies stellt den dritten Schritt dar —, die von England oder vom Völkerbund einzuberufen wäre und an der außer den verhandlungsbereiten Alliierten und den Vereinigten Staaten auch die Neutralen teilzunehmen hätten, über die Finanzierung der Deutschland von den Sachverständigen zugemuteten Jahreszahlungen und über die interalliierten Schulden beraten werden. Nachdem das technisch-wirtschaftliche Reparationsprogramm gelöst ist, wird England als vierten Schritt einen Versuch machen, durch dieselbe internationale Maschinerie ein Abkommen über die Sicherungsfrage und die Räumung des Ruhrgebiets herbeizuführen.

Wie der „Daily Telegraph" meldet, soll Lord Curzon in seiner gestrigen Unterredung mit dem deutschen Botschafter darauf hingewiesen haben, daß die deutsche Regierung gut daran täte, in nicht mißzuverstehenden Worten ihre Mißbilligung über jede Art von Sabotage auszusprechen. Die Unterhaltung soll in ihrem weiteren Verlaufe nach englischen Angaben sich mit allen Gesichtspunkten des passiven Widerstandes beschäftigt haben.

Die „Daily Mail" veröffentlicht eine anscheinend autorisierte französische Erklärung, wonach die französische Regierung auf einen **Sturz des Franken als Folge der von englischer Seite in Aussicht genommenen Aktion vorbereitet sei.** Die französische Regierung habe bereits gesetzgeberische Maßnahmen in Aussicht genommen, sobald die Baisse einen ernsten Umfang annehmen dürfte. Zuerst, so behauptet „Daily Mail", sei ein Einfuhrverbot für fremde Währungen vorgesehen. Es würde, wie von französischer Seite zugleich darauf hingewiesen wird, ein Sturz des Franken eine Einschränkung der französischen Einkäufe in England bedeuten.

Diese Note ist ein bemerkenswerter Hinweis darauf, daß man in französischen Kreisen von allen englischen Eventualmaßnahmen eine nachdrückliche Beeinflussung des Franken-Kurses erwartet, gegen die man sich, wie ich zuverlässig weiß, durch Vorbereitung umfangreicher handels- und währungspolitischer Maßnahmen glaubt schützen zu können.

Poincaré will am Freitag antworten

Eigener Dienst der „Vossischen Zeitung".

wi **Paris**, 10. Juli.

In parlamentarischen Kreisen rechnet man mit der Möglichkeit, daß Poincaré in der letzten Kammersitzung vor den Sommerferien, wahrscheinlich am Freitag, nochmals Erklärungen über die äußere Politik abgibt. Man nimmt an, der Ministerpräsident werde sich über die für Donnerstag erwarteten Erklärungen des englischen Kabinetts und über den französisch-belgischen Schritt in Berlin äußern und vielleicht auch den Friedensschluß von Lausanne, der im „Echo National" heute als eine „Kapitulation Frankreichs" beurteilt wurde, kurz erwähnen. Die englischen Erklärungen werden einstweilen ohne äußere Zeichen der Unruhe erwartet. Man gibt sich den Anschein, davon überzeugt zu sein, daß auch diese Erklärungen „nur eine platonische Kundgebung" sein werden und entscheidende Handlungen erst nach Ablauf einer bestimmten Frist zu erwarten wären, falls die Mehrheit des englischen Kabinetts einem eventuellen Druck auf Frankreich überhaupt zustimmen sollte. Mittlerweile werde „die Zeit", nach Poincarés bekannter Auffassung, „weiter für Frankreich gearbeitet haben".

Pertinax legt heute im „Echo de Paris" dar, daß ein Bruch zwischen Frankreich und England, falls er unvermeidlich werden sollte, doch sicher nicht von heute auf morgen eintreten würde. Der „Petit Parisien" hebt in einem offenbar beeinflußten Leitartikel gleichfalls hervor, daß die englische Regierung entschlossen scheine, einen plötzlichen Frontwechsel zu vermeiden und daß höchstens eine langsame Evolution in der englischen Reparationspolitik zu erwarten wäre. Alle Welt werde also Zeit haben, folgenschwere Initiativen Englands kommen zu sehen und vielleicht zu verhüten. Am Quai d'Orsay sei man gestern überzeugt gewesen, daß Frankreich und England sich schließlich doch verständigen würden. Das Blatt betont weiter, daß in Belgien eine Bewegung gegen die bisherige belgisch-französische Politik festzustellen sei, aber nur ernst zu nehmen sein würde, falls England eine wirkliche Verständigung mit Frankreich ablehnen würde.

Die Presse fährt fort, über die möglichen Folgen des französisch-belgischen Schrittes in Berlin Schweigen zu bewahren. Nur die extrem nationalistische „Action française" äußert Bedenken. Sie führt aus, bei einer Verlegung der terroristischen Form des Widerstandes durch die Reichsregierung könnte die „Gefahr einer Kompromißverständigung in der Widerstandsfrage" akut werden. Frankreich und Belgien müßten auf der hut sein, wenn sie verhindern wollten, daß ihre Stellung erschüttert werde.

Die Morgenblätter berichten über die gestrige **Zusammenkunft zwischen Poincaré und Benesch** in der Form eines offiziösen Berichtes, der Beachtung verdient, weil darin betont wird, **Benesch werde nach seiner Rückkehr aus London aufs neue mit Poincaré sprechen.** Es ist bezeichnend, daß heute besonders das von Touchon beeinflußte „Petit Journal" die Bedeutung der Reise Beneschs hervorhebt, und hierbei den Wunsch äußert, die Regierungen in Frankreich und England müßten den Ratschlägen des tschechoslowakischen Staatsmannes ein aufmerksames Ohr schenken. Benesch werde voraussichtlich am Sonntag nach Paris zurückkehren.

Die Pariser Blätter veröffentlichen lange Meldungen über die Rede Stresemanns im Vorstand der Deutschen Volkspartei. Man betont hier geflissentlich, daß diese Rede sich von den Reden des Reichskanzlers und des Ministers des Äußern unterscheide

Weitreichende Folgen.

Drahtmeldung.

London, 9. Juli. (W. T. B.)

Reuter erfährt, daß die Erklärungen Baldwins und Curzons über die Reparationsfrage deshalb bis Donnerstag verschoben worden sind, weil die Erklärung über die britische Politik die sorgfältigste Vorbereitung erfordert im Hinblick auf die weitreichenden Folgen, die sie sicherlich haben wird. Die Erklärung wird dem Kabinett zur sorgfältigen Prüfung vorgelegt werden, bevor sie im Parlament abgegeben wird. Eine weitere Unterredung zwischen Lord Curzon und dem französischen Botschafter ist nicht verabredet worden. Man hat allgemein das Gefühl, daß das Ende der gegenwärtigen Phase der Besprechungen über die französische Haltung zur Besetzung des Ruhrgebiets jetzt erreicht ist.

*

Lord Curzon empfing heute nachmittag den deutschen Botschafter Dr. Sthamer im Auswärtigen Amt.

General Watter.

Man könnte meinen, daß es im Grunde recht unerheblich ist, genau zu erforschen, wie sich vor drei Jahren in bewegter Zeit ein inzwischen verabschiedeter General in dem Kampf benommen hat, den die deutsche Republik gegen die drohenden Gewalten von rechts und links führen mußte, und daß das rein historische Interesse kaum den großen Apparat rechtfertige, der jetzt zur Klärung dieser Frage aufgewendet wird. Kapp-Putsch und Rote Armee sind für die meisten Leute in Deutschland in unserer ereignisreichen raschlebigen Zeit schon verblassende Erinnerungen geworden. Der Name des Generals Freiherr v. Watter war so gut wie vergessen. Aber der Beklagte in dem Prozesse sagte es offen heraus, als der Vorsitzende des Gerichts aus diesen Gründen einen Vergleichsversuch anregte, was ihn bewogen hat, das Urteil der ersten Instanz nicht auf sich beruhen zu lassen und das schwankende Charakterbild dieses ehemaligen Generals der Republik wiederum in das scharfe Licht einer umfangreichen gerichtlichen Beweisführung zu rücken. Weil, wie er sagte, er und seine Partei gerade in letzter Zeit die Ueberzeugung gewonnen haben, daß General v. Watter nicht der politisch ungefährliche verabschiedete General und erledigte Mann sei, sondern „einer der aktivsten gefährlichsten Feinde der Republik, der den Sturz der Republik mit allen in Betracht kommenden Organisationen in inniger Zusammenarbeit anstrebe." Mit einem solchen Mann aber gebe es kein Kompromiß, sondern nur Kampf.

Zweifellos wäre es interessanter, zu wissen, welches die Rolle ist, die Herr v. Watter jetzt spielt, aber sie ist nicht Gegenstand des Prozesses. Seine Haltung in jener früheren Zeit ist indes vielleicht geeignet, einiges Licht auf seine mögliche Haltung in der Zukunft zu werfen, falls die Behauptungen des Verlagten, die durch manche Dokumente eine gewisse Stützung zu erhalten scheinen, richtig sind. General v. Watter selbst lehnt es ab, über seine jetzige Haltung vor Gericht Rechenschaft zu geben, und nimmt dafür seine Freiheit als verabschiedeter Offizier in Anspruch. Aber er kann nicht verhindern, daß starke Zweifel daran aufklegen, ob seine Beziehungen zu allen jenen ausgesprochenen Offiziersopolitikern und zu den Organisationen, in denen der Haß gegen die Republik genährt wird, so unbedenklich waren, wie er selbst behauptet. Man möchte eher annehmen, daß dieser straffe, hochgewachsene Mann mit dem so energischen Kraftkopf je eher je lieber den Cutaway mit dem Waffenrock vertauschen möchte, um wieder „aktiv" zu werden. Er scheint kaum etwas von dem Selbstgefühl verloren zu haben, das ihn seinerzeit als Kommandierenden erfüllte, aber auch nichts von der gefährlichen Neigung, gleichzeitig auf mehreren Instrumenten zu spielen.

Dies ist manchmal nützlich, manchmal wird der dabei unvermeidliche falsche Ton spürbar, der durch keine Geschicklichkeit mehr verdeckt werden kann. Man hat in dieser Verhandlung schon manche solche Töne gehört. M. M.

Die heutige Verhandlung.

In der Fortsetzung der Beweisaufnahme vor dem Berliner Landgericht wurden heute Zeugen über den Vorwurf vernommen, daß General v. Watter in einer Versammlung in Stuttgart am 18. November 1921 zur Bildung verbotener Organisationen aufgefordert habe. Polizei-Oberst Erich Blankenhorn berichtet, er sei von einem Hauptmann Wagner zu einer Versammlung eingeladen worden, in der General v. Watter über seine Erfahrungen in Ruhrgebiete sprechen sollte. Ich war der Annahme, erklärt der Zeuge, daß ich dort für meine Polizeiorganisationen, für deren Ausbildung ich verantwortlich bin, Nützliches mitnehmen könnte, und ging hin.

Vorsitzender: Zu Uniform?

Zeuge: Nein, in Zivil. Ich traf daselbst etwa 400 Personen aus allen gesellschaftlichen Kreisen. v. Watter sprach über die Bekämpfung der roten Gefahr. Nach dem Vortrag ging ich weg.

Vors.: Hat General v. Watter zur Bildung von Organisationen aufgefordert?

Zeuge: Nein. Es wurde bloß der Gedanke ausgesprochen, daß, wenn es offen losgehen sollte, Waffen vorhanden seien. Wenn mir nur das geringste Gesetzwidrige aufgefallen wäre, hätte ich selbstverständlich meinem vorgesetzten Minister Bericht erstattet.

Vors.: Der badische Staatspräsident hat aber diese Versammlung verurteilt und vor Watter gewarnt.

Zeuge: Ich wurde am nächsten Tage zum Minister gerufen, und er machte mich auf die Gefahr dieser Versammlung in sehr energischer Form aufmerksam. Er meinte, es wäre unmöglich gewesen, daß ich daran teilgenommen hätte. Er sagte allerdings, ich hätte die politische Tragweite dieser Versammlung nicht ermessen können.

Verteidiger: Erinnern Sie sich, daß Watter sagte, die Hauptsache ist Geld, mit Geld bekommt man alles, Gewehre, Kanonen, Flugzeuge usw.

Zeuge: Ich erinnere mich nur, daß er sagte, wenn die Zeit komme, werden Waffen da sein.

Verteidiger: Jedenfalls hat der badische Staatspräsident die Versammlung als eine Gefahr für den Staat angesehen.

Zeuge: Ja, das ist zweifellos.

Polizeiinspektor Becker aus Stuttgart erzählt, daß ihm sogar von dem Minister der Auftrag gegeben wurde, General v. Watter festzunehmen, nachdem bekannt geworden war, was in der Versammlung gesprochen worden. Im Hotel, erzählt der Zeuge, wurde mir gesagt, v. Watter sei im Automobil weggefahren, jedenfalls nach Baden. Er komme jedoch vielleicht zurück. Ich habe darauf in der Nähe gewartet. Um 6 Uhr früh habe ich wieder hingeschickt: da erfuhr ich, daß er in der Richtung München bereits um ½6 Uhr abgereist sei.

Vorsitzender: Wurde der Einberufer der Versammlung, Hauptmann Wagner, nicht strafrechtlich verfolgt?

Zeuge: Ja, wiederholt. Er hat mehrere Male gesessen, hauptsächlich wegen Geheimbündelei. Es endete aber immer mit einer Einstellung.

Verteidiger Dr. Horowitz erinnerte den Kläger, General von Watter, daran, daß er über den Brief des Obersten Stolzenberg eine Erklärung abzugeben versprochen habe. Er liest den Brief nochmals vor, in dem es heißt, die einzige Sorge sei, daß die Reichswehr bei einem Putsch nach links abrücken könnte, und der den Gedanken enthält, in diesem Falle mit blanker Waffe gegen die Reichswehr vorzugehen. Ferner verliest der Verteidiger ein Protokoll über Besprechungen der Verbände Ehrhardt, Stahlhelm, Oberland usw. in München, das General v. Watter zugesandt wurde. Eine Randbemerkung des Generals Heßlitz lautet: Bitte Exz. v. Watter zur Berichtigung (des Briefes) zu veranlassen.

Hierauf erklärt General v. Watter: Für die Sache selbst sind diese Dokumente belanglos. Was ich jetzt mache, als vollständig freier Mann, kann nicht zu diesem Prozeß in Bezug gebracht werden. Es kann aber vielleicht zur Klärung beitragen. Ich habe für meine Person nichts zu verbergen. Ich spreche jedermann das Recht zu, daß er sich Sorge macht, was mit seinem Vaterlande in diesen schweren Zeiten geschieht, und daß er sich mit anderen Männern zusammenfindet, die dieselbe Sorge haben. Ich gehöre aber keinem Verband an, und wenn ich hineingezogen werde, ist das gegen meinen Willen geschehen. Was Stolzenberg anbetrifft, so bin ich sehr froh darauf, mit diesem vorzüglichen Manne befreundet zu sein. Er ist ein sehr guter Offizier, und hat im Krieg den Arm verloren. Er pflegt sich über verschiedene Fragen und Zweifel mit mir in Verbindung zu setzen. Was ihn veranlaßt hat, diesen Brief zu schreiben, war lediglich die Darlegung der Ansichten, die sich in diesen Kreisen gebildet habe. Ich habe keinen Anstand, diese Mitteilungen entgegenzunehmen. Es ist da wiederholt besprochen worden, wie bei einer politischen Umbildung, die ja nicht normal geht, sich „dieses letzte Paladium des Reichs", die Reichswehr, benehmen würde, ob sie sich in eine Umsturzbewegung hineinziehen läßt oder nicht. Es war aber stets die Rede davon gewesen, daß man mit einem Umsturz von rechts nicht mehr zu rechnen habe, sondern lediglich mit einem von links.

*

Gegen diejenigen Zeitungen, die anläßlich des Münchener Fuchsprozes die Namen der Generale von Möhl und von Lonov „in beleidigendem Zusammenhange erwähnt" haben, hat, wie mitgeteilt wird, das Reichswehrministerium Strafantrag gestellt.

Französische Eisenbahn-Sabotage.

ek **Frankfurt a. M.**, 10. Juli.

Heute früh kurz vor sechs Uhr erfolgten in Buchschlag eine französische Radfahrerabteilung von etwa 25 Mann und löste in der Station die Schienen. Dann begab sie sich weiter nach dem Bahnhof Sprendlingen und machte auch dort den Verkehr durch Lockerung der Schrauben unmöglich. Mit diesem Eingriff ist nun auch der Pendelverkehr von Frankfurt nach Buchschlag und von dort nach Oberroden-Dreieichenhain zum Stillstand verurteilt.

Peinliche Fragen.

Inquisition der deutschen Nationalisten durch Moskau.

Zwischen den Vertretern des unentwegten deutschen Nationalismus und der Moskauer Internationale hat sich eine „Unterhaltung" entsponnen. Die deutschen Nationalisten möchten allzu gern die deutschen Kommunisten für ihre Ziele einspannen. Sie hoffen, wenn die Kommunisten einmal losgeschlagen, hinterher die Frucht zu ernten. Aber Moskau ist viel klüger, als die von deutschen Großindustriellen ausgehaltenen nationalistischen deutschen Jünglinge. In einem Aufsatz der „Roten Fahne" geht Karl Radek scheinbar ganz ernst auf die deutsch-nationalistischen Hilferufe ein, um dann immer unverhüllter die Ironie seiner Ausführungen hervorretten zu lassen. Er sagt, daß die Kommunisten es gundsätzlich nicht ablehnten, mit den nichtkommunistisch, aber sozial leidenden Massen der national deutschen Bewegung irgendwie zusammenzugehen. Jedoch sei es zuvor notwendig, Klarheit über die Ziele dieser Kreise zu schaffen. Er wünscht deshalb „Aufklärung" vor allem über die Stellung des deutschen Nationalismus zu den Problemen der deutschen Außenpolitik:

„Ich bin," so sagt er, „vollkommen einverstanden mit der Behauptung, daß, wer dem deutschen Volke einredet, es könne aus der Situation, in der es sich befindet, ohne Kampf gegen die Siegermächte hinauskommen, ein Tropf oder ein Betrüger ist. Aber, genügt es für einen Politiker, die Notwendigkeit des Kampfes festzustellen, oder muß er nicht konkret sagen, wann und wie? Die Epoche, die vor uns liegt, ist das Zeitalter der Verschärfung der imperialistischen und der sozialen Gegensätze, die Epoche von Kriegen und Revolutionen. Die deutschen Nationalisten sehen in ihr die Epoche der Kriege. Aber damit ist auch gesagt, daß sie die Epoche der Revolutionen ist und wenn heute die Nachkriegskrise der Ententestaaten überwunden ist, so ist es unsinnig, nicht zu sehen, daß gleichzeitig große neue soziale Krisen in allen europäischen Ländern sich vorbereiten. Nun frage ich: glauben die deutschen Nationalisten, daß sie bei dem jetzigen Kräfteverhältnis im Lager der Entente und der Ententevasallen, bei dem jetzigen Bewaffnungszustand Deutschlands, bei dem jetzigen sozialen und geistigen Zustand in Deutschland, einen Verteidigungskrieg in nächster Zeit wagen können? Es genügt nicht, zu zeigen, daß er gerecht wäre. Es gilt zu antworten, ob er möglich ist. Ich verneine diese Frage und möchte die Antwort der Redaktion des „Gewissens" darauf bekommen, wie sie sich zu der Frage stellt. Wenn sie ebenso wie ich die Frage verneint, so muß sie zwei weitere Fragen beantworten: Welche Ziele kann sich der zukünftige deutsche Abwehrkampf stellen, im Westen und im Osten? Welche internationale Vorbereitungen sind notwendig für einen solchen Abwehrkampf? Diese Fragen können natürlich nur im allgemeinen beantwortet werden. Aber es ist klar, daß die Lage Deutschlands ganz anders sein wird, wenn das polnische Volk annehmen wird, daß der deutsche Nationalismus keine neue Teilung Polens erstrebt, als wenn die Antwort anders ausfallen wird. Es ist klar, daß die Politik des deutschen Nationalismus und die Lage der deutschen Abwehrkräfte verschieden sein wird, je nachdem wie er England in seine Rechnung stellt und bewertet. Wenn die Redaktion des „Gewissens" auf diese Fragestellungen eingeht, so hat sie damit schon bejaht, daß es notwendig ist, auch die zweite Frage zu beantworten: Was ist Frankreich gegenüber zu tun in der nächsten Zeit, in den nächsten Monaten oder in den nächsten Jahren? Wenn die deutschen Nationalisten zugeben, daß sie sich mit Wahren in diesem Moment gegen den Versailler Frieden nicht erheben können, so müssen sie doch sagen, was sie mit dem Versailler Frieden anzufangen gedenken. Der bloße Schrei gegen die „Erfüllungspolitik" ist eine Hysterie und keine politische Antwort. Wenn sie der Meinung sind, daß sie heute und in der nächsten Zeit keinen Krieg führen können gegen Frankreich, so sind die deutschen Nationalisten, die als Politiker ernst genommen werden wollen, verpflichtet zu sagen, wie sie die Tribute, die Deutschland zahlen muß, zahlen oder wie sie dieser Zahlung entgehen wollen? Und damit bin ich bei dem zweiten Punkte, in dem die Gruppe des „Gewissens" eine klare Antwort geben muß, wenn sie bewertet sein will als ein politischer Kreis und nicht als ein Kreis von schöngeistigen Literaten."

Man kann nicht behaupten, daß diese Fragestellung Klarheit vermissen läßt. Auf eine klare Frage gehört eine klare Antwort. Aber zu einer klaren Antwort gehört ein klarer Kopf. Und daran gerade fehlt's den deutschen Rechtsradikalen.

Der deutsche Geschäftsträger in Brüssel überfallen.

Eigener Dienst der „Vossischen Zeitung".

* **Paris**, 10. Juli.

Aus Brüssel wird dem „Echo de Paris" gemeldet, daß gestern abend gegen 7 Uhr der deutsche Geschäftsträger, als er das Botschaftsgebäude verließ und sich nach Hause begab, von zwei früheren belgischen Frontkämpfern, darunter einem Reserveoffizier, überfallen und mit Faustschlägen bearbeitet wurde. Auf die Rufe des deutschen Geschäftsträgers kam das Personal hinzu. Die Polizei wurde alarmiert und führte die beiden Belgier nach der Polizeistation, wohin der deutsche Geschäftsträger ihnen folgte.

Der Polizeikommissar stellte die Persönlichkeit der beiden früheren Frontkämpfer fest und ließ sie hierauf frei

*

Wie wir hierzu von amtlicher Seite hören, ist mit starker Verspätung erst heute mittag eine Depesche aus Brüssel darüber eingelaufen. Es scheint sich danach in der Tat um einen ganz flagranten Fall schweren Völkerrechtsbruches zu handeln, für den die belgische Regierung volle Sühne und Genugtuung zu geben hat.

Das Urteil gegen Fuchs.

Eigener Dienst der „Vossischen Zeitung".

rh **München**, 10. Juli.

Aus der Urteilsbegründung, deren Verlesung heute fortgesetzt wurde, ist noch zu erwähnen, daß sie die großen Verdienste anerkennt, welche sich die vier Kronzeugen durch ihre Aufdeckertätigkeit um Deutschland erworben haben. Sie tadelt aber die „unkorrekte Behandlung der Geldsache" als einen häßlichen Flecken. Durch die Verwendung des französischen Judasgeldes für vaterländische Zwecke habe sie dem Vaterland vielleicht mehr geschadet, als sie ihm durch ihre Abwehrtätigkeit nützen.

Interessant ist die vom Gericht vertretene Auffassung, daß zu jener Zeit tatsächlich die Gefahr der Bolschewisierung Deutschlands seit Jahr und Tag bestand, daß sie zurzeit noch besteht und bestehen wird, solange die Autorität des Reiches nicht gekräftigt sei. Diese Gefahr der Bolschewisierung aber kam für Fuchs nicht in Betracht. Nicht aus Furcht vor einem kommunistischen Umsturz verfolgte er seine Pläne, sondern weil er nicht national ist, weil er die völkische Einheit zertrümmern will.

Wegen des Strafmaßes kam verschärfend der Ehrgeiz, die Ruhmsucht, die Eitelkeit und Geldgier des Angeklagten in Betracht. An sich gehört jedem Hoch- und Landesverräter, insbesondere in Zeiten der Not, der ob durch den Strick. Innerhalb des vom Paragraphen 83 des St. G. B. vorgesehenen Strafrahmen war die Strafe gegen Fuchs zu bemessen. Richert, Kuehles und Machhaus wären, wenn man sie hätte fassen können, zur Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Weil Fuchs willensschwächer ist als Kuehles und bescheidener als Machhaus gelebt hat, glaubt das Gericht, seine Strafe auf zwölf Jahre Zuchthaus bemessen zu müssen.

Einsamkeit.

Von

Sling.

Eine Stunde tiefster, glücklichster Ruhe wollte ich erleben. Und ich fuhr aufs Land hinaus, wo der flügte meiner Freunde sein winziges Häuschen hat. Wenn mein Freund in den Salons der Großstadt aufsaucht, ist er mehr als irgendein anderer ein Mann von Welt. Niemand erreicht ihn an Grazie des Herzens und des Geistes. Denn er verfügt über das Geheimnis der gebändigten Kraft, und die Kraft holt er sich aus dem fernliegenden Häuschen, in dem er so ganz, ganz einsam lebt. Von dieser Einsamkeit bekommt man den überzeugendsten Beweis erst in dem diskretesten aller Räume. Es ist von innen nicht zu verriegeln. Mein Freund hat das nicht nötig.

Er schloß mich in die Arme, setzte mir ein köstliches Mahl vor. Dann sagte er: „Bleibe über Nacht bei mir — nur mich muß du entschuldigen. Ich muß eine kleine Reise unternehmen."

Die kleinste seiner Handtaschen genügte ihm — er war verschwunden.

Ich gebe meinem Freunde recht. Dies Haus darf nur von einem Menschen bewohnt werden. Er konnte unmöglich meinetwegen einen Riegel anbringen lassen — einen Riegel, dessen bloßes Vorhandensein das Gefühl der Einsamkeit tötet. Mir aber gab er das Edelste und Schönste, was Gastfreundschaft bieten kann: Einsamkeit.

Nie war es so still.

Die Venus von Sinuessa. Seit einigen Tagen ist im Museo Nazionale in Neapel der Torso einer Venus-Statue aufgestellt und der allgemeinen Besichtigung zugänglich gemacht worden, die nach der Ansicht der italienischen Archäologen als ein Meisterwerk antiker Plastik anzusehen ist und der besten Zeit der hellenischen Kunst entstammt. Einige Kenner behaupten sogar, daß es sich um ein Originalwerk des Praxiteles handelt. Die Auffindung und die weiteren Schicksale dieses seltenen Kunstwerkes sind nicht ohne Interesse. Vor einer Reihe von Jahren wurden in Sinuessa bei Mondragone im Garten eines Privatgrundstücks einige kolossale Marmorblöcke ausgegraben, die vollständig verwittert und unansehnlich geworden waren und nach oberflächlicher Begutachtung von Sachverständigen unzusammenhängende Bruchstücke verschiedener antiker Bildwerke darstellten. Der Besitzer des Grundstücks verkaufte die anscheinend so wenig wertvollen Reste für wenige hundert Lire an einen neapolitanischen Kunsthändler. Die italienische Regierung, die von der Angelegenheit Wind bekam, machte jedoch ihr Beschlagnahmerecht geltend und ließ die Trümmer von Sachkennern gründlich untersuchen. Professor Spinazzola, der Leiter der Ausgrabungen in Pompeji, kam auf den Gedanken, daß es sich möglicherweise um die Reste eines einzigen Kunstwerks handeln könne. Die Stücke wurden mit großer Mühe gereinigt und poliert und dann versuchsweise zusammengefügt. Der Erfolg übertraf alle Erwartungen, und so können die Besucher des herrlichen Museums in Neapel jetzt neben zahlreichen anderen Meisterwerken der antiken Kunst auch diese prachtvolle Statue und damit möglicherweise ein Originalwerk des größten attischen Bildhauers bewundern.

Siegfried Wagner in Amerika. Siegfried Wagner hat sich entschlossen, einer Einladung nach Amerika Folge zu leisten, und wird zu Anfang nächsten Jahres in allen Städten der Vereinigten Staaten, die über ein ständiges Sinfonieorchester verfügen, Konzerte dirigieren, deren Reineinnahme zugunsten der Bayreuther Festspiele dem Bayreuther Festspielfonds zufließen werden.

Der neue Kieler Intendant. Wie wir hören, wurde Hans Brockmann, Mitglied des Deutschen Theaters, von der Theaterkommission und dem Magistrat der Stadt Kiel zum Intendanten der Vereinigten Städtischen Bühnen gewählt. Vor kurzem trug die Erneuerung Waldemar Stoegemanns gemeldet worden. Diese Nachricht erschien auf Wahrheit, da in der zunächst entscheidenden Sitzung das Los auf Stoegemann gefallen war. Die Kieler Theaterkommission hatte sich jedoch bereits mit Stimmenmehrheit für Brockmann erklärt. Daher lehnte Stoegemann den Ruf ab.

Eine Hagen-Tragödie. Aus Nürnberg wird uns berichtet: In Waldfried Burggrafs Drama „Hagens Heimkehr", dessen Uraufführung im Nürnberger Stadttheater stattfand, hat die Nibelungensage neue Deutung gewonnen, unabhängig von Hebbel und Wagner, selbst vom alten Epos. Die Zeit Strindbergs hat mitgearbeitet. Hagen ist Nörgnerer, ist leidender Geist. Er schlug Siegfried, weil er nur Mann, im Zauberschutze prahlenden Männertum war. Er glaubt an Kriemhilds Liebe, weil Hoß nur aus Liebe kommen kann. Sein Hunnenzug ist Heimkehr zu Kriemhild. Kriemhild trägt den Burgunden, als Lagerfrucht verleidet, ihren Hoß entgegen. Die Reden Hagens von seiner Liebe lähmen der Unerkannten den Arm. Das Schwert Siegfrieds nur trägt sie zu Etzel. Etzel soll Hagen erschlagen, dann will Kriemhild ihm den Erben schenken. Hagen fällt, als ihn Kriemhild des Ehebruchs beschuldigt. Der Sohn aber soll Siegfrieds und Hagens Seele haben. Kriemhild wird von Etzel erschlagen. Das Drama, von E. L. Schön zielsicher inszeniert, war auch in der Aufnahme durch das Publikum die erfolgreichste Aufführung dieser Spielzeit.

G. G. W.

Aus den Theatern. Max Reinhardt wurde von dem amerikanischen Theatermanager Morris Gest vom November dieses Jahres an auf drei Monate nach New York verpflichtet. Reinhardt soll dort ein großes Werk inszenieren, in dem die ersten Bühnenkräfte Zentral-Europas mitwirken werden.

Im Theater am Kurfürstendamm findet heute die 50. Aufführung der „Dame mit dem Monokel" mit Miggi Wirth statt.

Züricher Festspiele.

Von unserem Sonderberichterstatter.

Zürich, Anfang Juli.

Die zum dritten Male mit großem Erfolg veranstalteten Internationalen Festspiele in Zürich bestanden diesmal im wesentlichen in Opernaufführungen. Im Gegensatz zu den früheren Jahren, wo nur einzelne hervorragende Gäste in Zürich erschienen, war es diesmal dem rührigen Komitee gelungen, Gesamtgastspiele großer ausländischer Bühnen in Zürich zu ermöglichen. Als einziges Schauspiel gelangte „Kabale und Liebe" mit dem Reinhardtschen Ensemble zur Aufführung, doch hatte es Reinhardt nicht für notwendig erachtet, in Zürich selbst zu erscheinen, um die Regie zu führen. Die Aufführung, die einen tiefen Eindruck hinterließ, stand gleichwohl nicht ganz auf der künstlerischen Höhe derjenigen, die Reinhardt 1917 in Zürich veranstaltete.

Unter Felix Weingartners Leitung fanden die Festspiele mit einer Aufführung der „Meistersinger" unter Mitwirkung hervorragender Künstler, die mit ihren Fahnen und Emblemen auf der Festwiese aufmarschierten, einen wirkungsvollen Auftakt. Neben Weingartner, der den Lustspielcharakter des Werkes betonte und das Orchester von allem unnötigen Pathos fernhielt, waren Hermann Weil (Hans Sachs), Richard Schubert (Stolzing) und die koloraturgewandte Wiener Sopranistin Bertha Kurina die Hauptträger des Erfolges. — Die Ausgrabung von Händels „Rodelinde" erweckte nicht den Eindruck als ob die Hagensche Bearbeitung sich durchsetzen könnte. Auch kann die Aufführung durch das Ensemble des Württembergischen Landestheaters, wenn man von der glänzenden gesanglichen Interpretation des Bertarich durch den Stuttgarter Bariton Heinrich Rehkemper absieht, nicht ganz auf der Höhe der übrigen Vorstellungen.

Den stärksten musikalisch-künstlerischen Erfolg erzielte zweifellos das Stala-Theater in Mailand mit einer Aufführung von Rossinis komischer Oper „Der Barbier von Sevilla", da sie die wohl gegenwärtig beste Besetzung dieser Oper in Italien nach Zürich senden konnte. Gesamtdarstellung und Einzelleistungen boten unter Leitung Antonio Guarneris gleicher Weise Vollendetes, bei seltener Uebereinstimmung von mimischer und vokaler Kunst. (Gaetano Azzolini als Bartolo, Riccardo Stracciari als Barbier, Ada Sari als Rosine). — Einen überwältigenden Eindruck hinterließ sodann Mussorgskys musikalisches Volksdrama „Boris Godunow", dem Generalintendant Dr Alfred Reucker, der frühere Leiter des Züricher Stadttheaters, mit dem Ensemble und der ganzen bühnentechnischen Einrichtung der Dresdner Staatsoper eine meisterhafte Aufführung bereitete. Die russische Gesamt-

Zahlungsbilanz und Handelsbilanz.

Die Entwertung der Mark hat nach der landläufigen Auffassung zwei unmittelbare Ursachen: die Inflation und die passive Zahlungsbilanz Deutschlands. Die Passivität der Zahlungsbilanz sieht man gewöhnlich als das Primäre an, die Inflation, d. i. die künstliche Schaffung zusätzlicher volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigter Kaufkraft, als das Sekundäre. Die gesamte Volkswirtschaft gibt mehr aus als sie verdienmahnt, folglich kann das Volk dem Staat nicht geben, was er braucht, und der Staat muß sich durch Notendruck helfen.

Diese Anschauung, die zur Zeit in Deutschland die Herrschende ist, erhielt einen schweren Stoß durch die Ausführungen, die Herr Bernhard als Sachverständiger gestern im Untersuchungsausschuß über die Markstützungsaktion machte. Bernhard legte dar, daß die Zahlungsbilanz nichts Festes sei, sondern daß auch bei ihr das spekulative Moment eine große Rolle spiele. Die Zahlungsbilanz eines Landes ist nämlich auch dann passiv, wenn die Besitzer von Devisen ihre Devisen nicht für die eigene Volkswirtschaft hergeben wollen, sondern es vorziehen, sie außerhalb des Landes fruchtbringend zu verwerten, den Ertrag aber gleichfalls außerhalb des Landes zu lassen oder aber die Devisen nur zur Thesaurierung im Ausland anzulegen. Dieses Moment kann für die Zahlungsbilanz sehr viel wichtiger sein als die Aktivität oder Passivität der Handelsbilanz, d. i. der Ueberschuß oder der Fehlbetrag der Einfuhr gegenüber der Ausfuhr.

Ob die deutsche Handelsbilanz zur Zeit aktiv oder passiv ist, wird viel umstritten. Die auf Schätzung beruhende amtliche Statistik nimmt zwar eine sehr starke Passivität der Handelsbilanz um mehr als zwei Milliarden Goldmark im letzten Jahr an. Aber schon bei den offiziösen Statistikern bestehen über die Art der Berechnung und über die Richtigkeit des Ergebnisses erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Bernhard erklärt, die Hauptschlagerquelle unserer eigenen Ausfuhrstatistik aus psychologischen Gründen. Es ist kein absichtlicher Betrug, sondern nur der selbstverständliche Ausdruck kaufmännischer Kalkulation, wenn der Devisenbedarf für den Import etwas zu hoch, die Devisenein nahmen aus dem Export leicht etwas zu niedrig angegeben werden.

Wichtiger als die Handelsbilanz ist freilich auch für die Zahlungsbilanz Deutschlands die Frage, wie hoch die deutschen Guthaben im Ausland sind. Genaue Angaben darüber zu machen, ist unmöglich. Aber schätzungsweise muß man annehmen, daß wenigstens bei einer Anzahl der großen Industrieunternehmen die Auslandsguthaben und der Auslandsbesitz in letzter Zeit eher zu- als abgenommen hat. Daß eine solche wirtschaftliche Expansionspolitik, auf lange Sicht betrachtet, auch der einheimischen Volkswirtschaft große Vorteile bringt, steht außer Frage. Aber zweifelhaft ist, ob Deutschland sich gegenwärtig eine Vergrößerung seines Auslandsbesitzes leisten kann. Bernhard verneint diese Frage. Vermehrung der Devisenbestände und der werbenden Anlagen im Ausland muß erkauft werden mit der zunehmenden Verarmung der innerdeutschen Wirtschaft, und vor allem mit der Verarmung des Staates. „Unsere Zahlungsbilanz", so resümiert der Sachverständige, „wäre aktiv, wenn das psychologische Moment, die Furcht vor der Geldentwertung, nicht bestände. Politische Momente wirken mit, aber der Hauptgrund für die Marktflucht ist, daß vom Staat nichts Wesentlichen dieser Behauptungen geschieht. Devisenbewirtschaftungsmaßnahmen haben keinen Zweck, wenn man nicht gleichzeitig die wirtschaftlich überflüssigen Devisen wegnimmt. Zwangsmaßnahmen sind immer nur in beschränktem Umfange und auf kurze Zeit möglich. Was wir jetzt tun, ist keine Markstützung, sondern eine Verhinderung der Markbesserung."

Statt dessen schlägt Bernhard als wirksames Heilmittel eine Umbildung unseres Steuersystems vor. Man muß wieder Goldsteuern erheben. Freilich muß man dann die demagogische Fiktion der übermäßigen Besteuerung, wie sie unsere Steuergesetze jetzt aufrechterhalten, fallen lassen. Eine Einkommensteuer bis zu 30 v. H. und daneben Gewerbesteuern würden vollauf genügen, wenn die Steuern wertbeständig gemacht werden. Grundsätzlich muß eine Umstellung unserer ganzen Wirtschaft auf Goldrechnung erfolgen. Anfangen muß man mit Goldlöhnen, dann sind Goldsteuern zu erheben und Goldanleihen, denn nur sie können im Reich die notwendigen Kredite sichern und die Sparanlage für das Publikum schaffen, ohne die eine kapitalistische Wirtschaftsordnung, wie wir sie nun einmal haben, unmöglich ist.

*

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages über die Markstützungsaktion wird durch den Abg. Robert Schmidt den Berichterstatter über die Verhandlungen herstellen lassen. Die abschließende Fassung des Untersuchungsergebnisses wird dann in nichtöffentlicher Sitzung hergestellt werden. Vor Veröffentlichung des Votums werden die beteiligten Regierungsstellen Gelegenheit bekommen, sich dazu zu äußern, und eventuell Einspruch zu erheben.

der Darstellung und der szenischen Aufmachung schien durch die Mitarbeit von Professor Dobrowen und Andreas Chudjakow garantiert, so daß eine in szenischem und künstlerischem Aufwand vollendete Wiedergabe des russischen Werkes erfolgte unter musikalischer Leitung von Generaldirektor Fritz Busch, die von einem ausverkauften Hause stürmisch bejubelt wurde. Robert Burg hat in der Figur des Boris, besonders im letzten Akt, in Gesang und Darstellung eine hervorragende Leistung, das gleiche kann von dem Dimitri des Johannes Sembach gesagt werden, auch Helene Forth als Marina sowie die beiden Bettelmönche der Herren Gmeilo und Lange zeigten hervorragendes künstlerisches Können.

M. Gfd.

Lutherischer Weltkonvent. Vom 19. bis 25. August findet in Eisenach ein lutherischer Weltkonvent statt, an dem 90 reichsdeutsche Vertreter der evangelischen Kirche, 40 Vertreter aus Nordamerika, 13 aus Schweden, je 7 aus Norwegen, Rußland, England, 6 aus Dänemark, 4 aus Estland, je 3 aus Ostasien und aus der Tschechoslowakei und je einer aus Australien und Südamerika teilnehmen werden. Die Verhandlungssprachen auf dem Kongreß sind Deutsch und Englisch.

Hochschulnachrichten. Am 27. und 28. Juli wird an der Hamburgischen Universität Prof. Dr. Hilbert (Göttingen) Vorlesungen halten über Grundsätzliche Fragen der modernen Physik.

Der schwedische Nationalökonom Professor Dr. Gustaf Cassel ist von der staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität München zum Ehrendoktor promoviert worden. Er hat sich besonders durch seine Tätigkeit als neutraler Sachverständiger in Angelegenheit der Währungsprobleme bekannt gemacht.

Der Senat der Technischen Hochschule in Stuttgart hat dem Direktor der Siemens u. Halske A.-G. Berlin, Dipl.-Ing. Alfred Heitler, die Würde eines Dr.-Ing. h. c. verliehen.

Vortragsabende. Ueber die Jubiläums-Ausstellung in Gotenburg 1923 unter besonderer Berücksichtigung ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung, spricht mit Lichtbildern Herr von Oertzen am Freitag abend 7 Uhr im Saal 241 der Technischen Hochschule, Charlottenburg.

Kunstnachrichten. Der Kunstverein in Halle a. d. S., von dem wir kürzlich berichteten, hat, wie wir hören, die günstige Erledigung gefunden. Die städtischen Behörden haben dem Bauentwurf der Architekten Hellkoten und Krauthe die Genehmigung nun doch erteilt.

In „Bild und Buch", der Kunsthandlung des Deutschen Kunstverlages (Wilhelmstr. 48), enthält die jetzige Ausstellung des Zyklus „Das Deutsche Kunstbuch" Erzeugnisse der Leipziger Verlagshäuser E. A. Seemann, Insel-Verlag und K. W. Hiersemann.

Auf der Münchener Kunstausstellung im Glaspalast wurde von der Reichsregierung (aus Mitteln der Reichsministerium der Kunst) das Bild „Fähren an der Isar" von Richard Piesch angekauft. Der bayerische Staat hat aus Reichsmitteln (Notgemeinschaft) 16 Werke erworben, meist Arbeiten noch wenig bekannter Künstler.

Die Verhandlungen im Metallarbeiterstreik.

Heute abend werden sowohl Arbeitnehmer wie Arbeitgeber der Berliner Metallindustrie zu dem gestern ergangenen Vermittlungsvorschlag des Reichsarbeitsministeriums Stellung nehmen. Wie uns vom Metallarbeiter-Verband mitgeteilt wird, hat der Reichsarbeitsminister vorgeschlagen, den Arbeitern für die erste Juli-Woche 9800 Mark pro Stunde und für die zweite Juli-Woche 12 500 Mark pro Stunde zu geben. Die Frauenzulage soll für die Stunde 250 Mark und die Kinderzulage 500 Mark betragen.

Ob dieser Vermittlungsvorschlag von Arbeitnehmerseite angenommen wird, erscheint bei der fortschreitenden Teuerung zweifelhaft. Ganz besonders lassen die Kommunisten, die innerhalb der Berliner Metallindustrie einen recht großen Anhang haben, gegen die Beendigung des Streiks Sturm. So ist es den Kommunisten gestern abend und heute früh gelungen, eine weitere Reihe von Betrieben, entgegen dem Willen der Streikleitung, stillzulegen. So haben in den A. E. G.-Werken in Hennigsdorf 10 000 Arbeiter die Betriebe verlassen; ebenso ist es heute früh bei Bergmann, Osram und in der Schöningschen Eisengießerei zu Teilstreiks gekommen.

Die Funktionäre der Berliner Metallindustrie treten heute abend um 7 Uhr in der Brouerei Friedrichshain zu ihrer Sitzung zusammen. Um dieselbe Zeit werden auch die Arbeitgeber tagen, um ihrerseits zu dem Vermittlungsvorschlag Stellung zu nehmen.

Vernichtung in Nowawes. Heute vormittag ist in Nowawes die Ruhe einigermaßen wieder hergestellt worden. Infolgen ist die Lage trotzdem noch ernst, weil von radikalen Kreisen, besonders von dem Verband der Erwerbslosen, unentgeltliche Abgabe von Lebensmitteln und die Auszahlung größerer Geldbeträge gefordert werden. Heute mittag wollen die Erwerbslosen einen Protestzug durch die Stadt veranstalten und im Anschluß daran eine Kundgebung vor dem Rathaus. Die Geschäfte haben heute größtenteils geöffnet, doch sind die Lebensmittelpreise bedeutend herabgesetzt worden. Ein Pfund Kartoffeln, das gestern 4000 M. kostete, kostet heute 1800 M. Das Fleisch ist von 40 000 M. pro Pfund auf etwa 30 000 M. herabgesetzt worden. Auf Grund der gestrigen Besprechung sind ferner für die verschiedenen Lebensmittelbranchen heute Preisprüfungskommissionen gebildet worden, bestehend aus Vertretern der Polizei, der Gewerkschaften und der Händler, die von Geschäft zu Geschäft gehen und die Preise nachprüfen. Die Potsdamer Schutzpolizei bleibt vorläufig noch in Nowawes. Besonders geschützt wird das Rathaus.

Die 10 000-Mark-Marke kommt. Wie wir erfahren, ist von der Reichspostverwaltung die 10 000-Mark-Marke bei der Reichsdruckerei in Druck gegeben worden. Ihre Herstellung ist bereits soweit fortgeschritten, daß die Ausgabe dieser höchstwertigen deutschen Briefmarke in einigen Tagen erfolgen kann.

Ein deutscher Forscher in den Alpen verunglückt. Am Sonntag fanden Touristen, die aus Basel gedrahtet wird, im Kastelbachtal die Leiche eines jungen Mannes. Die Untersuchung ergab Schädelbruch, Kiefernbruch und verschiedene Oberschenkelbrüche. Der Tod dürfte am Sonntag eingetreten sein. Die Gerichtsbehörden, die die Personalien des Verunglückten, eines Dr. Moeller aus Bielefeld, der in deutschem Auftrage die Turaformationen zu studieren hatte, feststellen konnten, benachrichtigten die Angehörigen des Verunglückten.

Eine neue Jugendherberge im Spreewald. Am Sonntag ist in der Nähe von Alt-Zauche im Spreewald die 110. Jugendherberge in der Mark vom Direktor des Berliner Jugendamtes Dr. Hänsler feierlich eröffnet worden. Dazu hatte der Berliner Magistrat eingeladen, und etwa 500 Gäste — zumeist Jugendliche — hatten sich eingefunden. Es war ein großes „Treffen" geworden, das bei herrlichstem Wetter, bei Spiel und Tanz und prächtigen Liedern echte, rechte Jugendfröhlichkeit in besem Sinne zeigte.

Keine Zigarren am 2. August. Den drei Organisationen des Zigarrengewerbes scheint es mit ihrem Beschluß, am 2. August ihre Geschäfte für einen Tag zu schließen, ernst zu sein. Leipzig und Hannover sind bereits in der vergangenen Woche mit gleichen Maßnahmen vorangegangen. In Leipzig waren die Zigarrengeschäfte drei Tage und in Hannover acht Tage geschlossen. Den Mitgliedern des Zigarrenhändlerbundes und dem Verband der Zigarrenvertreiberinnen scheint der eintägige Protest nicht zu genügen. Die Organisation will es aber zunächst bei diesem einen Tage belassen, behält sich jedoch vor, ernstere Maßnahmen zu treffen, wenn die Verhandlungen mit dem Finanzministerium über den Wegfall der Nachversteuerung zu keinem befriedigenden Ergebnis führen.

Neue Patentgebühren. Die beim Reichspatentamt zu zahlenden Gebühren sind durch ein vom Reichstag verabschiedetes Gesetz abermals erhöht worden. Das Gesetz tritt am 15. Juli d. J. in Kraft. Für die Fälle, in denen dieser Zeitpunkt in eine für die Gebührenzahlung vorgesehene Frist fällt, ist dem Zahlungspflichtigen zur Nachzahlung des Unterschieds zwischen den bisher geltenden und den neu festgesetzten Gebühren eine Nachfrist bis zum 14. August d. J. gegeben. Die Beteiligten werden trotz dieser Uebergangsvorschrift zur Bemeidung von Rechtsverlusten gut tun, sich über die Höhe der neu vorgeschriebenen Gebühren zu unterrichten. Die Anmeldegebühr beträgt künftig bei Patenten 60 000 Mark. Die Patentjahresgebühren betragen für das erste und zweite Patentjahr gleichfalls 60 000 Mark und steigen allmählich bis zum 15. Patentjahre auf 6 000 000 Mark. Als wichtigste Neuerung enthält das Gesetz die Verlängerung der Schutzdauer bei Patenten von 15 auf 18 Jahre; die Jahresgebühren für diese drei letzten Jahre sind auf 10, 15 und 20 Millionen bemessen. Für die Anmeldung eines Gebrauchsmusters ist eine Gebühr von 40 000 Mark, für die Verlängerung der Schutzfrist eine Gebühr von 400 000 Mark festgesetzt. Bei Patenzgebühren beträgt die Anmelde- und Eintragungsgebühr 60 000 Mark, die Klassengebühr 20 000 Mark, die Erneuerungsgebühr 250 000 Mark. Die Gebühr für den Antrag auf Ausfertigung eines Prioritätsbeleges ist auf 8000 Mark, die Reichsgebühr für den Antrag auf internationale Markenregistrierung auf 120 000 Mark festgesetzt worden.

Belgien und die Papstintervention.

Der „Petit Parisien" berichtet aus Brüssel, daß nach Beendigung des gestrigen Ministerrates, der sich mit der von dem päpstlichen Nuntius überbrachten Verbalnote befaßte, die belgische Regierung noch gestern abend der Presse den (schon von uns gemeldeten. D. Red.) Inhalt der päpstlichen Note mitgeteilt habe. Ferner wurde folgendes Kommuniqué vom Ministerium des Auswärtigen veröffentlicht:

Bei Gelegenheit des letzten schweren Attentats von Hochfeld, das mehreren Soldaten das Leben kostete, haben die Kabinette von Brüssel und Paris verlangt, daß die deutsche Regierung die verbrecherischen Gewalttate im besetzten Gebiet verlenge. Die Berliner Regierung hat unterstrichen, daß sie die Tatsachen nicht leune und hat versucht, die Attentate als spontane Ergebnisse der Erregung der Bevölkerung des besetzten Gebiets hinzustellen und gleichzeitig versichert, daß sie ihre ganzen Befugnisse und Möglichkeiten ausüben würde, um den aktiven Widerstand zu verhindern. Es geht auch aus einem offiziellen deutschen Kommuniqué hervor, daß infolge einer Demarche des Nuntius in Berlin der Reichskanzler jede verbrecherische Anwendung der Gewalt verurteilt. Schließlich haben die Leiter der deutschen Verwaltung im besetzten Gebiet durch Anschlag die Bevölkerung aufgefordert, sich jedes Gewaltaktes zu enthalten.

Diese Erklärung ist offenbar darauf berechnet, die belgische öffentliche Meinung im Sinn der päpstlichen Intervention zu unterrichten.

Die Wucher-Verordnungen.

Reichsregierung gegen Reichsrat.

Der Reichsrat beschäftigte sich gestern mit der Vorlage, die die beschenden Verordnungen zur Bekämpfung des Wuchers und der Preistreiberei auf Grund des Notstandsgesetzes einheitlich zusammenfaßt. Die Verordnung über die Preistreiberei hat eine Ausdehnung auf den Leistungswucher erfahren. Außerdem fügte der Reichsrat noch die Bestimmung hinzu, daß bei der Frage, was als Wucher anzusehen ist, die Geldentwertung Berücksichtigung finden soll. Die Mindeststrafe wurde auf zehntausend Mark, in schwersten Fällen auf eine Million erhöht. Die öffentliche Bekanntmachung von Verurteilungen ist auch für Strafbefehle festgesetzt. — Die Verordnung über ein Ausfuhrverbot für lebenswichtige Gegenstände enthält ein Verzeichnis von den Gegenständen, deren Ausfuhr im Krieg verboten war. Diese Liste kann auf Gegenstände ausgedehnt werden, von denen die Regierung annimmt, daß sie als lebenswichtig im Sinne der Verordnung gelten. Verstraft werden soll wegen Uebertretung des Ausfuhrverbots nicht nur derjenige, der dem Verbot zuwiderhandelt, obwohl er weiß, daß die Versorgung Deutschlands gefährdet wird, sondern auch derjenige, der den Umständen nach annehmen muß, daß eine Gefährdung eintritt. Andererseits ist auf den kleinen Grenzverkehr Rücksicht genommen worden. — Die Verordnung über Handelsbeschränkungen, die sich insbesondere auf den Handel mit Getreide, Mehl, Futtermitteln und Kartoffeln bezog, ist auf den Handel mit Eiern und Arzneimitteln ausgedehnt worden. Die Verordnung enthält auch Vorschriften über die Preisauszeichnungen.

Während die bisher erwähnten Verordnungen angenommen wurden, wurde auf Antrag Preußens und Bayerns die Abstimmung über die Notstandsversorgung, über die Preisprüfungsstellen, über die Auskunftsverpflichtung und über die Mantelverordnung, die alle Verordnungen zusammenfaßt, noch ausgesetzt.

Angenommen wurde dagegen die Verordnung über Wuchergerichte, deren Bestimmungen dem bisher geltenden Recht entsprechen. Alle Verordnungen sollen am 16. August in Kraft treten.

Nach Schluß der Abstimmungen erklärte ein Regierungsvertreter, daß die Reichsratsbeschlüsse, wonach die Feststellung einer Marktnotlage nicht nur durch den Reichswirtschaftsminister stattfinden solle, sondern auch die Landesregierungen dabei mitzuwirken hätten, für die Reichsregierung unannehmbar seien. Unter Umständen könnte die ganze Neuregelung hieran scheitern. Die Regierung behalte sich weitere Schritte vor. Der preußische Ministerialdirektor Meister bedauerte, daß diese Erklärung post festum abgegeben sei. Bei rechtzeitiger Abgabe wäre vielleicht noch die Abstimmung beeinflußt worden. Ob es möglich sein werde, in der nächsten Sitzung die Abstimmung zu wiederholen, erscheine ihm zweifelhaft.

Einschränkungen der Haftpflicht.

Dem Reichstag ist ein Gesetz zur Aenderung des Reichshaftpflichtgesetzes vom 7. Juni 1871 betr. die Verbindlichkeit zum Schadensersatze für die bei dem Betriebe von Eisenbahnen, Bergwerken usw. herbeigeführten Tötungen und Körperverletzungen zugegangen. Mit Rücksicht darauf, daß die finanzielle Lage der Eisenbahn, eine Verpflichtung zur unbegrenzten Schadloshaltung nicht mehr erlaubt, soll die Höhe der zu zahlenden Jahresrente auf fünfzig Millionen Mark festgesetzt werden. Bereits entstandende Schadensersatzansprüche werden dadurch nicht berührt. Bei wesentlichen Veränderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse soll die Reichsregierung berechtigt sein, mit Zustimmung des Reichsrats den Höchstbetrag anderweitig festzusetzen.

Hoppegarten.

Mittwoch, 11. Juli, 3 Uhr.

1. Morgane—Fuchsmajor.
2. Mänade—Eatkraft.
3. Morgane—Graf Ferry.
4. Alamund—Hohe Pforte.
5. Kardinal—Plotki.
6. Lentulus—Famulus.
7. Iser—Matzelsdorf.

Bremer Golfspiele 1923. Bei zahlreicher Beteiligung wurden auf der prachtvollen Anlage des Clubs zur Bahr die Golfspiele 1923 veranstaltet. Leider behinderte die drückende Hitze die Spieler sehr. Im Niedersachsenpreis siegte Frl. Danziger mit 30 Schlägen. Den zweiten Preis mit 31 Schlägen erhielt Frl. Riensch. Den Damenpreis gewann die deutsche Meisterin Frl. Selschopp mit 7:5 auf und 5 gegen Frl. Beyer. Das Fählwettspiel über 36 Löcher wurde zu einer Senkation, da Frl. Selschopp sämtliche Herren aus dem Felde schlug. Mit dem gleichen Ergebnis triumphierte Pepinger-Frankfurt über v. Flotow-Frankfurt im Preis von Bremen. Der Kampf im Wettspiel gegen Einheit endete unentschieden zwischen Frl. Selschopp und Herrn Bahl-Frankfurt.

Wetterausichten für Berlin und Umgebung. Trocken und zeitweisen heiter. Am Tage sehr warm bei mäßigen östlichen bis nordöstlichen Winden.

Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung
mit Kurszettel der Berliner Börse.
8 Blatt zu Nummer 322 — Chefredakteur: Georg Münch. Verantwortlich: Max Mattersdorf-Friedemann. — Dienstag, 10. Juli, abends

Dresdner Bank.

200 pCt. Dividende. 1079 Mill. an die offenen Reserven. — Steigerung des Eigenkapitals auf 7 Milliarden Mark.

Der Aufsichtsrat der Dresdner Bank hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, der am 4. August stattfindenden Generalversammlung für das Jahr 1922, das fünfzigste Geschäftsjahr des Instituts, eine Dividende von 200 pCt. vorzuschlagen. Dividendenberechtigt sind 550 Mill. M. Aktienkapital, während im Vorjahre an der damals 16 pCt. betragenden Dividende die im Jahre 1921 ausgegebenen 290 Mill. M. neuen Aktien erst zur Hälfte teilnahmen. Im laufenden Jahre wurde, wie erinnert sei, durch die G.-V. vom 9. Januar eine weitere Kapitalserhöhung um 550 Mill. (wovon 129 Mill. zunächst mit 25 pCt. eingezahlt sind) beschlossen. Aus dieser Erhöhung fließen der Rücklage A 4,4 Milliarden Mark zu. Ferner erhält die Rücklage B aus dem 1922er Gewinn die Summe von 1079¼ Mill. M. Dadurch steigen die gesamten Reserven auf 5,9 Milliarden, so daß das gesamte Eigenkapital der Bank (Grundkapital und Reservefonds) nunmehr 7 Milliarden Mark beträgt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Bilanzziffern für 1922 stellen sich, im Vergleich mit den beiden Vorjahren, wie folgt dar:

Gewinn- und Verlustrechnung.

	1922	1921	1920
	(in tausend Mark)		
Einnahmen			
Vortrag	4 852	3 744	1 738
Wechsel, Zinsen, Sorten, Kupons	11 852 048	504 203	242 063
Provisionen	6 858 494	271 690	175 124
Effekten u. Konsortialbeteil.	—	50 908	—
Dauernde Beteiligungen	8 317	3 812	3 627
Tresormieten	4 811	1 133	941
Bruttogewinn	18 227 522	835 490	423 495
Ausgaben:			
Handlungsunkosten	12 332 652	497 399	238 431
Steuern	3 268 722	131 173	40 838
Reingewinn	2 626 148	206 918	144 226
Davon an:			
Reserve B	1 079 500	50 000	30 000
Abschreibungen, Bankgeb.	—	50 000	15 000
Abschreibungen, Mobiliar	—	18 700	11 140
Pensionsfonds	123 267	10 279	10 252
Eugen-Gutmann-Fonds	42 000	3 000	3 000
Aufsichtsratstantieme	170 760	5 787	3 089
Dividende in pCt.	200	16	12½
„ in Mark	1 100 000	64 800	32 500
Neuer Vortrag	110 620	4 352	3 744

Bilanzziffern.

	1922	1921	1920
Aktiva	(in Millionen Mark)		
Kasse	16 353	884	665
Wechsel und Schatzanweisungen . . .	46 414	8 479	6 768
Nostroguthaben	144 342	2 733	894
Reports und Effektenlombards . . .	4 222	480	255
Warenvorschüsse	45 898	1 558	457
Dauernde Beteiligungen	149	118	77
Wertpapiere	149	163	175
Schuldner	73 938	6 002	2 741
Konsortialbeteiligungen	—	54	72
Bankgebäude	55	118	62
Verschiedene Grundstücke	6	6	4
Avale	(22 689)	(1 479)	(1 847)
Passiva	(in Millionen Mark)		
Aktienkapital	550	550	260
Rücklage A	311	311	51
„ B	109	59	29
Gläubiger	826 795	19 223	11 582
Akzepte	1 480	160	109
Avale	(22 689)	(1 479)	(1 847)

Der auffälligste Posten des Abschlusses sind die Kreditoren. Sie haben eine Vermehrung von vorjährigen 19,3 auf diesmalige 827 Milliarden Mark erfahren, das heißt auf einen Stand, der den aller anderen Bankbilanzen, die bisher erschienen sind (und nur die Deutsche Bank fehlt noch) überträgt. Daraus geht zugleich hervor, daß das Institut es verstanden hat, seine Geschäfte nicht nur der Inflation entsprechend auszudehnen. Seine gesamten Umsätze stiegen dürfigens, wie hier sogleich eingeschaltet sei, 1922 von 1664 auf 1 129 Mill. M. und die Zahl seiner Beamten von 15 471 auf 19 144. Den Kreditoren gegenüber stehen wir eine Steigerung der Debitoren von 6 auf rund 74 Milliarden. Die Kundschaft wurde also nach Kräften mit Krediten unterstützt. Dasselbe zeigt sich auf dem Wechselkonto, von dessen 46,4 Milliarden etwa 60 pCt. Handelswechsel, der Rest Schatzwechsel sind. Es zeigt sich ferner bei den Warenvorschüssen, deren stattliche Summe von fast 46 Milliarden — sie überragt weit den gleichen Posten der bisher erschienenen anderen Bankbilanzen — die große Bedeutung illustriert, die der Dresdner Bank als Finanzierungsinstitut für unsere Ein- und Ausfuhr wie überhaupt für unsern gesamten Handel zukommt. Da es sich bei diesen Warenvorschüssen überdies um kurzfristige Kredite handelt, so sind sie den relativ leicht flüssig zu machenden Anlagen zuzurechnen. Kasse, Wechsel, Nostroguthaben, Effektenreports und Lombards sowie die Warenvorschüsse machen rund 80 pCt. der Summe von Kreditoren und Akzepten aus, gegen 73 pCt. im Vorjahre; die Liquidität hat sich danach gebessert.

Valutakonten hat die Dresdner Bank nicht abgezweigt, sie sind in den Debitoren und Kreditoren zu den Kursen von Ende 1922 enthalten. Die eigenen Wertpapiere stehen, nachdem keinerlei Nutzen daraus zur Gewinnverteilung für 1922 herangezogen wird, so niedrig zu Buch, daß in ihnen eine wertvolle interne Reserve schlummert, die noch durch die Abbuchung der gesamten Konsortialbeteiligungen auf 1 Mark erheblich vergrößert wird. (Insgesamt war die Bank 1922 an 594 Konsortialgeschäften beteiligt!) Weitere innere Reserven liegen in den vielen Bankgebäuden, die nur mit 55 Mill. zu Buche stehen (alle Baukosten wurden 1922 aus laufenden Gewinnen bestritten), und in den dauernden Beteiligungen, die 1922 infolge von Kapitalserhöhungen bei den befreundeten Instituten stiegen. Ferner ist, wie wir hören, für eine sehr vorsichtige Bewertung der Debitoren Sorge getragen worden. Gedeckt sind von der Gesamtsumme der Debitoren von 74 Milliarden 49 Milliarden. Daneben laufen 22,7 Milliarden Avalschulden durch beide Seiten der Bilanz, eine Summe, die ebenfalls die innigen und ausgedehnten Beziehungen der Bank zu Handel und Verkehr widerspiegelt.

Nachdem wie kurz geschildert, vorweg auf die größtmögliche Stärkung der inneren Position der Bank Rücksicht genommen, gemäß sich für 1922 jener oben angeführte Bruttogewinn von 18 227 Millionen (i. V. 835), wovon auf Zinsen, Wechsel, Sorten und Kupons allein 11 852 (504) Mill. und 6858 (271) Mill. auf Provisionen entfielen. (Effektengewinne sind nicht ausgewiesen.) Auf der anderen Seite zeigen die Unkosten auch im vorliegenden Falle ihr genugsam bekanntes riesenhaftes Anschwellen, ebenso die Steuern, indes verbleibt mit 2626 (206) Mill. M. ein Mingewinn, beinahe dem Fünffachen des dividendenberechtigten Aktienkapitals gleichkommt. Die Aktionäre erhalten davon nur ebensoviel wie die offenen Rücklagen.

An Einzelheiten sei noch hervorgehoben, daß sich die Deutsch-Südamerikanische Bank, deren Gründerin und Hauptbeteiligte die Dresdner Bank ist, günstig entwickelt hat; sie verteilte für 1922 300 pCt. Dividende (gegen 20 pCt. i. V.). Die Deutsche Orientbank, die ebenfalls zum Interessenkreis der Dresdner Bank gehört, dehnte ihren Geschäftsbetrieb über Konstantinopel, Amsterdam, Kommandite der Dresdner Bank, die Firma Proehl & Gutmann, warf ein höheres Erträgnis als in ihrem ersten Jahre ab. Die Bukarester Filiale arbeitet zufriedenstellend, die Londoner befindet sich noch in der Liquidation. Die im Jahre 1922 erworbene Beteiligung an der Unionbank in Wien wurde von der Dresdner Bank im laufenden Jahre bereits wieder mit erheblichem Nutzen realisiert.

Sonst hat das neue Jahr das überall plötzliche weitere Anschwellen der Ziffern gebracht, vornehmlich bei den Kreditoren und den Schuldnern. Neben ihren andern großen Aufgaben hat die Unterstützung des Landes durch die Dresdner Bank, wie ihre neuesten Bilanzziffern erkennen lassen, besonders am Herzen. Sie kann als der Typus einer Handelsbank großen Stils bezeichnet werden. —ch.

Warenmärkte.

Wenn auch am Devisenmarkt die, hiesigen Notierungen erheblich hinter den Auslandsnotierungen zurückbleiben, so richten sich doch am Produktenmarkt die Notierungen lediglich nach der internationalen Bewertung unserer Valuta. Infolgedessen ist, wie schon gestern erwähnt, die Lage so verwirrend, daß am Produktenmarkt das Geschäft zusehends kleiner wird. Bemerkenswerterweise bleiben die Berliner Preise erheblich hinter den Provinznotierungen zurück, was besonders für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer gilt, deren Preise ebenfalls erheblich über den gestrigen Kursen sich bewegen. Auch Rauhfutter und Futtermittel zeigen weiterhin ansteigende Preise.

Rauhfutter. (Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhfutter.) Großhandelspreis per 50 kg ab märkischer Station: Drahtgerp. Roggen- und Weizenstroh 62 000—65 000, do. Haferstroh 51 000—55 000, do. Gerstenstroh 50 000—54 000, Roggenlangstroh 59 000—62 000, bindfadengerp. Roggen- und Weizenstroh 56 000 bis 58 000, lose Krummstroh 51 000—52 000, Häcksel 79 000—82 000, handgebund. Heu alte Ernte 40 000—46 000, neue Ernte 35 000—37 000, gutes Heu alte Ernte 45 000—48 000, neue Ernte 38 000—40 000.

Frühmarkt: Hafer 580 000 (mit Geruch), 60 000, Rogen-Kiele 380 000—390 000.

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen vom 10. Juli.

Produkte	50 Kilogr. in Mark heute	50 Kilogr. in Mark Vortag	Produkte	50 Kilogr. in Mark heute	50 Kilogr. in Mark Vortag
Weizen, märk.	620—540000	560—580000	Vikt.-Erbs	850—950000	800—850000
pomm.	— —	— —	Kl. Speise	750—800000	600—700000
meckl.	— —	— —	Futtererbs	700000	ohne Ang.
Roggen, märk.	520—540000	440—460000	Peluschken	—	ohne Ang.
pomm.	— —	— —	Ackerbohn	— —	— —
schles.	— —	— —	Wicken	500—550000	400—450000
westpr.	— —	— —	Lupin. blaue	400—450000	ohne Ang.
Gerste, Sommer	— —	430—470000	do. gelbe	500—550000	—
„ Winter	— —	— —	Seradella	— —	— —
Hafer, märk.	520—550000	440 460000	Rapskuchen	500—510000	410—420000
pomm.	— —	— —	Leinkuchen	—	—
Mais loko Berlin	500000	460000	Trocken-schnitzel	210—220000	185—200000
waggonfr. Hamb.	— —	— —	Vollw.-Zuck.	— —	— —
Weizenmehl *)	1000-2100000	1700-1800000	Schnitzel	320—350000	300—310000
Roggenmehl *)	1400-1500000	1200-1300000	Kartoffel-flocken	510—525000	430—440000
Weizenkleie **)	350—360000	295—300000	Torfmelasse	—	175—190000
Roggenkleie **)	365—370000	300000	Mischg. 30/70	—	—
Rapsa **)	Ohne Angab.	—			
Leinsaat **)	Ohne Angab.	820000			

*) 100 kg. **) 50 kg brutto einschl. Sack. †) ab Station.

Tendenz: Mais fest, alles übrige steigend.

Metallnotierungen sind auch heute am hiesigen Markt nicht festgestellt worden.

Londoner Metallkurse vom 9 Juli. (Schlußkurse.)

Kupfer	9. 7.	6. 7.		9. 7.	6. 7.		9. 7.	6. 7.
per Kasse	£ 65	£ 64	Zink nahe S.	£ 28	£ 28	Nickel f. Inl.	133	133
3 Mon.	£ 65	£ 63	do. entf. Sicht	£ 28	£ 28	f. Ausfuhr	133	133
Strongts.	£ 93	£ 93	Blei fremde	£ 23	£ 23	Wolframerz	13½	13½
Zinn p. Kasse	£ 181	£ 177	do. f. Ausf.	£ 20	£ 20	Platin **)	500	500
do. p. 3 Mon.	£ 182	£ 179	Antim.-Reg.*			Silber	31¾	31⅞
Bleiausl.	£ 24	£ 23	Wolfram	£ 23½	£ 23½	„ auf Lief.	31¾	31
do. entf. Stahl	£ 22	£ 23	Quecksilber	£ 10½	£ 10½	Gold	90/4	90/5

Kupfer Electrolytin 72½—72½ (72—72½), do. Bestelzeitzel 66—68½ (68—68½).
*) Antimon Regulus niedrigster Preis £ 54, höchster Preis £ 55.
**) Qualität Spong.

Hull, 9. Juli. Leinsaatöl loko 42½. Juli-August 40¾, per Sept.-Dez. 38⅝. Tendenz ruhig.

London, 9. Juli. Leinsaat. Calcutta per Juni 20½ B. La Plata loko (Hull) 19½, per August-Juli 19⅝. Rapssaat. Tendenz ruhig. Juli-August 19½, do. Toria 16⅝ B. — Rübölraff. loko 42, do. roh. loko 59¾, extraded 39.

London, 10. Juli. Häute und Felle. Die Julisaktion gegenüber vorher fester. Preise weiter wenig fest. Stark gefragt waren namentlich Madrasziegen in prima Qualität. Alle Sorten erfuhren gegen die Maiaktion einen Aufschlag um 1 bis 3 Pence per Pfund.

Commerz- und Privat-Bank — Preußische Hypotheken-Actien-Bank. Die Transaktion betreffend Umtausch der Aktien der Preußischen Hypotheken-Actien-Bank in Aktien der Commerz- und Privat-Bank ist, wie uns von zuständiger Seite berichtet wird, zustandegekommen.

Preußische Central-Boden-Credit-A.-G., Berlin. Die a.o. G.-V. nahm die beantragten Aenderungen vor, die das Statut an das jeweils geltende Hypothekenbankgesetz anpassen und überließ die Verzichterungsangelegenheit dem Ermessen der Verwaltung. Neu in den Aufsichtsrat wurden gewählt Kommerzienrat Bernstein von der Dresdner Bank, Hannover, und Geh. Kommerzienrat Meyer, i. Fa. Ephraim Meyer u. Sohn, Hannover, die beide auch dem Aufsichtsrat der Braunschweig-Hannoverschen Hypotheken-Bank angehören.

Getreide- und Futtermittel-Bank Komm.-Ges. auf Aktien, Bremen. Einer demnächst einzuberufenden G.-V. soll Erhöhung des Aktienkapitals um 700 Mill. M. vorgeschlagen werden. 200 Mill. M. neue Aktien werden den alten Aktionären zu 750 pCt. zum Bezuge angeboten werden.

„Glückauf" A.-G. für Braunkohlenverwertung, Lichtenau. Die G.-V. genehmigte die Erhöhung des Grundkapitals auf 35 Mill. M. durch Ausgabe von 6 Mill. M. Vorzugsaktien und 9 Mill. M. Stammaktien. Die neuen Aktien werden von einer Bankfirma vorläufig zu pari übernommen. Die alten Aktionäre sollen ein Bezugsrecht im Verhältnis von 2:1 erhalten. Der Preis wird erst nach Eintragung des Beschlusses in das Handelsregister festgesetzt werden. Die Vorzugsaktien werden mit einfachem Stimmrecht und 6 pCt. Vorzugsdividende ausgestattet. Sie sollen außerdem von jedem Prozent Dividende, das auf die Stammaktien entfällt, 1 pCt. erhalten.

Berlin-Halberstädter Industriewerke A.-G. Wie wir erfahren, bestätigt es sich, daß die Firma Laband, Stiehl & Co. in nähere Beziehungen zu dieser Gesellschaft getreten ist und dem Aufsichtsrat angehören wird, in dem auch u. a. Generaldirektor Rohrlich von der Gewerkschaft Wilhelmshall eintreten wird.

Der Dollar 186 500.

Schon seit einiger Zeit läßt sich die Beobachtung machen, daß infolge der immer komplizierter werdenden Situation am Devisenmarkt die Kursfeststellung sich erheblich in die Länge zieht. Besonders auffällig trat dies heute zutage, wo der erste Kurs etwa erst gegen 1 Uhr festgestellt wurde. Zum Teil liegen der Verzögerung rein technische Momente zugrunde, denn die Makler sind immer mehr überlastet, da sich jetzt der Brauch eingebürgert hat, anstatt der großen Konzernanmeldungen Aufträge soweit als möglich gestückelt einzureichen, da die Auftraggeber sich der Hoffnung hingeben, daß bei der Kursfeststellung gewisse Mindestaufträge schon ausgeführt werden, und demnach die Gesamtanmeldungen in höherem Maße befriedigt werden als bei einer größeren. Eine weitere Verzögerung erfährt die Kursfeststellung aber besonders dadurch, daß, wie es besonders heute der Fall war, man längere Zeit darüber berät, wie man an zweckmäßigsten die Kurse festsetzen soll.

Eine besondere Ueberraschung bereitete dem Devisenmarkt die Erklärung der Reichsbank, daß heute alle die Firmen mit Aufträgen ausfallen, die nicht den letzten Bezieher bei der Einreichung der Aufträge angegeben haben, bzw. wo nicht die Aufträgegeber innerhalb einer gewissen Frist von etwa 20 Minuten nach Beginn der Kursfeststellung die Namen der ursprünglichen Auftraggeber beibringen konnten. Im übrigen fielen auch heute sämtliche Auslandsaufträge aus. Die Nachfrage nach Devisen ging anscheinend noch erheblich über das Maß der letzten Tage hinaus. Infolgedessen wurden in noch schärferem Maße Repartierungen vorgenommen. Bei der Kursfeststellung wurde allerdings den Wünschen aus Bankkreisen insofern Rechnung getragen, als gewisse Mindestaufträge voll befriedigt wurden.

Auf Grund der weiter zurückgegangenen Notierungen der Mark im Auslande wurden die Devisenkurse unbedeutend heraufgesetzt. Der Dollar stellte sich amtlich auf 186 500, London auf 850 000.

Aus der Kursfeststellung seien noch folgende Einzelheiten hervorgehoben: Es wurden auf Kabel New York 3 pCt. zugeteilt (bis 100 Dollar voll befriedigt), London Holland 3 pCt. (100 Gulden voll befriedigt). London ebenfalls 3 pCt. zugeteilt, bei voller Befriedigung von Mindestaufträgen bis 25 Pfund. Bei starken Repartierungen wurden ferner auf Christiania, Kopenhagen, Stockholm, Brüssel, Italien, Spanien, Paris, Schweiz, Finnland und Rio de Janeiro bis 1000 Mark heiten der betreffenden Valuta voll befriedigt. In Auszahlung Japan fand eine Repartierung nicht statt.

Auch am Notenmarkt fanden scharfe Repartierungen statt. Auf Dollarnoten wurden für große Abschnitte 10 pCt., kleine 25 pCt. zugeteilt. In englischen Pfunden wurden kleine Abschnitte mit 25 pCt. berücksichtigt, solche auf große fielen vollkommen aus. Auf holländische Gulden wurden 10 pCt. zugeteilt.

Berliner amtliche Devisenkurse.

Telegraph. Auszahlungen Reichsbank-Diskont: 18 %	Sort. Diskont	10. 7. Geld	10. 7. Brief	9. 7. Geld	9. 7. Brief
Holland . . . . . 1 Gulden	6½	72817.50	73383.50	70423.50	70776.50
Belgien . . . . . 1 Frank	5½	9092.00	9048.00	8676.00	8672.00
Christiania . . . . 1 Krone	6	30024.50	30175.50	29127.00	29273.00
Kopenhagen . . . . 1 Krone	6	32416.50	32581.50	31421.00	31579.00
Schweden . . . . . 1 Krone	4½	46077.00	46323.00	47381.50	47619.00
Helsingfors . . . . 1 Finn. M.	6	5107.00	5133.00	4937.50	4962.50
Italien . . . . . 1 Lira	5½	7930.00	7970.00	7531.00	7569.00
London . . . . . 1 Pfund	4½	817875.00	823125.00	817890.00	822810.00
New York . . . . . 1 Dollar	4½	185033.00	186967.00	179550.00	180450.00
Paris . . . . . 1 Frank	5	1667.50	1677.50	1674.00	1676.00
Schweiz . . . . . 1 Frank	4	31920.00	32080.00	30723.00	30877.00
Spanien . . . . . 1 Peseta	5	26433.50	26566.50	25436.00	25564.00
Deutsch-Oesterr. abg. 100 Kronen	5	263.34	264.66	261.84	263.16
Prag . . . . . 1 Krone	4½	5595.50	5624.50	5436.00	5464.00
Budapest . . . . . 1 Krone	18	21.14	21.26	20.45	20.55
Buenos Aires . . . 1 Papier-Peso	—	63840.00	64160.00	62224.00	62576.00
Bulgarien . . . . . 1 Leva	6½	1754.50	1755.50	1816.00	1826.00
Japan . . . . . 1 Yen	—	87175.00	90225.00	87281.00	87719.00
Rio de Janeiro . . . . 1 Milreis	—	19351.50	19448.50	18453.50	18546.50
Jugoslawien . . . . 1 Dinar	—	1555.00	1565.00	1925.00	1935.00
Portugal . . . . . 1 Escudo	—	—	—	7680.50	7719.50

Ausländische Devisennotierungen.

Zürich, 10. Juli. (Sonderkursdienst der „Vossischen Zeitung".) Anfangskurse: Berlin 0,0019¼, Amsterdam 226—27, Wien 0,0081¾—82¼, London 26,37—42, Paris 33,85—95, New York 5,76—77.

Amsterdam, 10. Juli. (Sonderkursdienst der „Vossischen Zeitung".) Anfangskurse: Berlin 0,00095—0,00010, Zürich 43,80 G, London 11,65½—66, Paris 15—05, New York 2,55¼—½.

London, 10. Juli. (Sonderkursdienst der „Vossischen Zeitung".) Anfangskurs: Berlin 1 300 000.

Kopenhagen, 10. Juli. (Sonderkursdienst der „Vossischen Zeitung".) Anfangskurse: Berlin 0,0021, Amsterdam 224½, Zürich 98½—99, London 26,20—25, Paris 33⅝—⅝, New York 5,74—76.

Stockholm, 10. Juli. (Sonderkursdienst der „Vossischen Zeitung".) Anfangskurse: Berlin 0,0013, Holland 148,20—30, Zürich 64,50—70, London 17,27—29, Paris 22,05—25, New York 3,78½—¾.

★

Effekten weiter gesucht.

Im Effektenverkehr ist die Tendenz, soweit bisher zu übersehen ist, wieder fest. Das Privatpublikum zeigt erneut Kaufneigung, auch scheinen aus dem Auslande umfangreiche Kaufordres eingegangen zu sein. Wenn sich die Festigkeit auch im allgemeinen auf alle Marktgebiete überträgt, so sind doch besonders bevorzugt, neben den Valutawerten Schiffahrtswerte und Bankaktien.

Hochbahn-Dividende. Der Aufsichtsrat der Hochbahngesellschaft hat beschlossen, der G.-V. für das Jahr 1922 auf die Stammaktien eine Dividende von 40 (i. V. 5¼) pCt. vorzuschlagen. Die Vorzugsaktien erhalten wieder 5 pCt. Dividende bzw. Bauzinsen.

Vereinigte Kunstinstitute A.-G. vormals Otto Troitzsch—Graphische Gesellschaft A.-G. In der G.-V. wurde bereits mitgeteilt, daß die Gesellschaft in ausschließerische Verhandlungen mit einem Aktienunternehmen derselben Branche stünde. Diese Verhandlungen sind nunmehr zum Abschluß gelangt. Es handelt sich um die Graphische Gesellschaft A.-G. in Berlin, die nunmehr in der Vereinigten Kunstinstitute vorm. Otto Troitzsch A.-G. aufgeht. Diese Transaktion wurde in der G.-V. der Graphischen Gesellschaft A.-G. genehmigt. Ueber den Geschäftsgang kann mitgeteilt werden, daß derselbe außerordentlich regse ist und daß umfangreiche Auslandsorders vorliegen.

Neue Preise für stickstoffhaltige Düngemittel. Für alle vom 10. Juli an bis auf weiteres zur Absendung gelangenden Mengen Stickstoffdüngemittel gelten folgende Preise für 1 kg Stickstoff: Schwefelsaures Ammoniak, nicht gedarrt und nicht gemahlen 52 900, Salzsaures Ammoniak 52 400, Leunasalpeter Ammoniumsulfatsalpeter 52 400, Kalkammonsalpeter 52 400, Natronsalpeter 62 900, Kalkstickstoff 46 800 M.

Verlag und Druck: Ullstein & Co. Berlin.